

Die Krise im Beamtenstand.

Beamtenstand nur im Zusammenhang mit einer Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände behoben werden kann. Von Falkenberg („Wirtschaftspolitik der Beamtenverbände“) stammt die Betonung der Notwendigkeit einer Erweiterung der lohnpolitischen Betätigung der Beamten in der Richtung einer aktiven Einwirkung auf die herrschende Wirtschaftspolitik. Diese Erkenntnis ist vielleicht das wichtigste Entwicklungsmoment der Beamtenbewegung des letzten Jahrzehnts. Auch in Zukunft wird der Fachorganisation, deren Bedeutung nicht geschmälert werden soll, eine bedeutsame Aufgabe zugewiesen sein. Sie wird der ausschließliche Träger der Lohnpolitik sein, zugleich aber auch Kräfte heranbilden, die gemeinsam mit anderen Bevölkerungsgruppen auf eine solche Neuordnung der wirtschaftlichen Grundlagen hinarbeiten, die einen gerechteren Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Lage insbesondere bezüglich jener Klassen anstrebt, die nicht im „Erwerb“, sondern im „Beruf“ stehen.

Während die lohnpolitische Betätigung der Beamtenorganisation die alten Bahnen befolgen wird, wird sich ihre wirtschaftspolitische Betätigung die Aufgabe stellen, daß an Stelle eines Nominallohnes ein Reallohn eintritt . . .

So der Wortführer der Beamten! Die Wirtschaftsentwicklung hat, wie zu sehen, den Berufsorganisationen die Elemente gewerkschaftlicher Taktik aufgenötigt, sie wird sie auch darüber belehren, daß sie die Konsumgenossenschaftliche Organisation nicht entbehren können und vor allem, wie das schon dieser Aufsatz ankündigt, die Wirtschaftspolitik arbeitender, Lohnempfangender Menschen machen müssen. Tun sie das, so wird die lebendige Praxis sie zu dem Proletariat in parallele Front bringen. Vorläufig sehen wir freilich erst schwache Ansätze.